

Gebühren bei Kreditkarten für Unternehmen – schafft die EU den Wettbewerb ab?

Von Patrick Diemer ■ Anfang April hat das Europäische Parlament dafür votiert, die sogenannten Interbankenentgelte im Kreditkartengeschäft je Auszahlung auf 0,3 Prozent des Kaufpreises zu begrenzen. Diese Gebühren kosten nach Ansicht von Kommission und Parlament Einzelhändler und somit letztlich Verbraucher jährlich zweistellige Milliardenbeträge. Diese Initiative soll Kosten senken und den Wettbewerb im Kreditkartenmarkt fördern. Die Sache hat allerdings einen wohl eher unbeabsichtigten Haken: Sie droht den Wettbewerb bei Firmenkreditkarten massiv zu behindern.

Firmenkreditkarten sind auch Kreditkarten, doch enthalten sie ganz andere Leistungspakete für Händler und Kunden: Firmenkreditkarten ermöglichen Unternehmen ein außerordentlich genaues und zugleich einfaches Management ihrer Reisekosten sowie der Abrechnungen. Fast alle größeren Unternehmen, aber auch viele KMU nutzen diese Produkte, von deren Sicherheit, Effizienz und Finanzierungsfunktion auch die Händler profitieren. Die Gebühren hier zu beschränken, würde eine ganze Branche zulasten vieler beteiligter Unternehmen treffen. Im Vorschlag der Kommission, der im Juli 2013 öffentlich wurde, sind Firmenkreditkarten von der Neuregelung daher ausgenommen.

Anders als die Europäische Kommission möchte die Mehrheit des Europäischen Parlaments nicht nur bei Privatkarten, sondern auch bei Firmenkreditkarten die Gebühr auf 0,3 Prozent des Kaufpreises deckeln. Auf den ersten Blick scheint die Wettbewerbsgleichheit unter den Anbietern weiterhin gesichert zu sein. Bei ge-

nauere Hinsehen wird jedoch deutlich, dass diese Erweiterung zu einer erheblichen Wettbewerbsverzerrung im europäischen Markt für Firmenkreditkarten führen würde. Sie würde nur europäische Anbieter treffen, denn Kreditkarten von bestimmten angloamerikanischen Kartenunternehmen (insbesondere American Express und Diners) funktionieren nach einem anderen Modell.

Zum Verständnis: Bei den von vielen europäischen Banken herausgegebenen Kreditkarten von Mastercard Europe und Visa Europe gibt es „Interbankenentgelte“. Die Gebühr fließt vom Händler – zum Beispiel einem Autovermieter – an seine Bank, welche Kartenzahlungen für ihn abrechnet. Sie reicht die Gebühr an die Bank des Karteninhabers weiter. Diese Gebühr wird jetzt in Europa auf 0,3 Prozent begrenzt. Das Problem: Nicht alle Kreditkartenfirmen sind davon tangiert. Unternehmen wie American Express arbeiten in der Regel ohne zwischengeschaltetes Netz an Banken und entsprechend ohne Interbankenentgelte – was allerdings keinesfalls zu geringeren Kosten für die Händler führt.

Regulierung nur auf dem Papier

Zwar gilt die geplante Regulierung auf dem Papier auch für sie, doch wo es kein Interbankenentgelt gibt, hat es auch keinen Sinn, dieses zu begrenzen. Angesichts des relativ geringen Marktanteils von American Express bei privaten Kreditkarten mag Brüssel den dadurch entstehenden Wettbewerbsnachteil für Visa und Mastercard vernachlässigen, doch im Markt für Firmenkreditkarten sieht die

Sache anders aus: Hier zählt American Express zu den größten Anbietern in Europa. Null Gebühreneinbußen bei American Express stünden künftig erhebliche Gebührenkürzungen bei anderen europäischen Anbietern gegenüber. Sollten europäische Herausgeber von Firmenkreditkarten, die auf Mastercard und/oder Visa basieren, nur noch 0,3 Prozent an Gebühren verlangen dürfen, gäbe es systembedingt eine für Kunden und Händler fatale Ungleichheit zwischen den Wettbewerbern.

Europäische Anbieter benachteiligt

Profitieren würden deshalb von der Neuregelung vor allem die Unternehmen, die schon heute im europäischen Firmenkartengeschäft über einen sehr hohen Marktanteil verfügen. Diese könnten weiterhin unbeschränkt höhere Gebühren verlangen, sowohl für Privatkarten als auch für Firmenkreditkarten. Dem privaten Endverbraucher würde die vorgeschlagene Ausdehnung des Anwendungsbereichs für Firmenkarten auch keinen Zusatznutzen bringen, denn für ihn gelten die bestehenden und neuen Vorschriften für Privatkarten.

Es ist zu hoffen, dass Brüssel eine Regelung vermeidet, die europäische Anbieter von Firmenkreditkarten benachteiligt. Dem freien Wettbewerb, den damit einhergehenden Innovationen und Kostensenkungen sowie den europäischen Arbeitnehmern würde andernfalls versehentlich ein Bärendienst erwiesen.

Patrick W. Diemer, Vorsitzender der Geschäftsführung, Lufthansa AirPlus Servicekarten GmbH, Neulsenburg.